



## RATSBRIEF

Nachrichten für Ratsmitglieder und Bürgermeister im NSGB

Nr. 6/2024 vom 09.10.2024

### Positionspapier:



Ländliche Räume und Städte können in Niedersachsen nur gemeinsam und nicht gegeneinander existieren und gedeihen. Dennoch ist derzeit ein Ungleichgewicht zulasten der ländlichen Räume wahrzunehmen: So tragen beispielsweise die ländlichen Räume mit Anlagen- und Leitungsbau die Hauptlasten der Energiewende, können aber am 49 Euro-Ticket mangels ÖPNV-Vernetzung nur bedingt profitieren. Die Fläche leidet unter Hausärztemangel und Krankenhaussterben, wird aber bei der Verteilung von Finanzmitteln – z.B. für Schulsozialarbeit - nur mäßig unterstützt. Als Land der Vielfalt an Regionen mit unterschiedlichen strukturellen Voraussetzungen zeigt sich Niedersachsen heutzutage mit einer Vielzahl an ländlichen Räumen mit unterschiedlichen Lebensbedingungen, wirtschaftlichen Stärken und Schwächen. Mehr denn je ist es daher Aufgabe von Bund, Land und Kommunen, auf gleichwertige Lebensverhältnisse hinzuwirken, damit die ländlichen Lebensräume lebenswert bleiben und nicht abgehängt werden. Das aktuelle Positionspapier „Ländliche Räume“ des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes will solche Missverhältnisse und Handlungsnotwendigkeiten im kommunalen Bereich aufzeigen.

Aufgrund des begrenzten Platzes finden Sie nachfolgend nur eine Kurzfassung mit den zentralen Punkten; die vollständige Version finden Sie hier zum Download:

[Vollständige Version](#)

## Gesundheitsversorgung

### Hausärzteversorgung sicherstellen

- Der Ausbau der Medizinstudienplätze an der European Medical School Oldenburg um 80 auf dann 200 Studienplätze ist eine gute Maßnahme des Landes.
- Die vom Land eingeführte Landarztquote ist ein weiterer nützlicher Baustein zur Hausärztegewinnung.
- In der medizinischen Ausbildung ist ein stärkerer Fokus auf die Allgemeinmedizin zu legen.
- Die Kassenärztliche Selbstverwaltung muss ihrem Sicherstellungsauftrag nachkommen. Hierzu dienen der Versorgungsstrukturfonds und Eigeneinrichtungen. Der Betrieb und die Unterstützung von Arztpraxen können keine kommunale Aufgabe sein.
- Es dürfen keine neuen Strukturen wie Gesundheitskioske oder Gesundheitsregionen geschaffen werden, sondern das bestehende System ist zu sichern und auszufinanzieren.



### Krankenhaussterben beenden

- Der Basisfallwert muss auf ein auskömmliches Niveau erhöht werden, so dass die Finanzierung der Krankenhäuser regelgerecht über das Gesundheitssystem erfolgt, und nicht sachwidrig durch die unzuständigen kommunalen Haushalte.
- Es braucht eine zügige und einheitliche Umsetzung zu den geplanten Leistungsbeschreibungen, damit die Reform wirken kann. Für besondere Situationen in den ländlichen Räumen muss es Ausnahme- und Reaktionsmöglichkeiten abseits von starren Strukturen geben.
- Die Krankenhausreform muss bürokratisch entschlackt werden.
- Der Transformationsfonds muss so gestaltet werden, dass die von Niedersachsen eingesetzten Gelder angerechnet werden, damit es möglich ist die Bundesgelder in Anspruch zu nehmen.
- Die massiven Verluste der Jahre 2022-2024 müssen zumindest anteilig von Bund und Land aufgefangen werden. Die Kommunen sind nicht Ausfallbürgen von politischen Unterlassungen im Gesundheitssystem.
- Regionale Gesundheitszentren müssen über das reguläre Gesundheitssystem finanziert werden.

### Pflegenotstand vorbeugen

- Pflege muss auch in ländlichen Räumen wohnortnah möglich sein.
- Gerade im ländlichen Raum sind pflegende Angehörige unersetzlich – sie müssen gestärkt werden.
- Die Pflege muss entbürokratisiert werden.

## Energiewende und Klimaschutz

- Die kommunale Planungshoheit darf nicht durch Vorgaben der Energiewende ausgehöhlt werden, Gemeinden brauchen Entwicklungspotenzial.
- Die Ausbaurkosten der Energienetze müssen bundesweit verteilt werden.
- Die Wertschöpfungsabgabe bei Wind und PV zugunsten der Kommunen ist ein wichtiger Schritt der Landesregierung. Eine ähnliche Regelung sollte auch bei Wasserstoff kommen.
- Das Festhalten der Landesregierung an der Erdverkabelung ist richtig.
- Die Gemeinden sollten angemessen für Grundstücksnutzungen durch Erneuerbaren-Anlagen-Erbauer und Betreiber entschädigt werden.
- Die Einnahmen durch geringere Konzessionsabgaben müssen kompensiert werden.
- Nach der Wärmeplanung braucht der ländliche Raum Antworten zu einer tatsächlichen Wärmeversorgung. Nach Ende der Gasnetze können Kommunen keine flächendeckenden Wärmeversorger sein.



## Klimafolgenanpassung

- Der Förderung von kommunalen Starkregenvorsorgekonzepten muss sich eine Förderung der notwendigen Maßnahmen und Handlungsoptionen zur Starkregenvorsorge anschließen.
- Eine Stärkung des NLWKN zur Übernahme von Dienstleistungen im kommunalen Hochwasserschutz ist ratsam, um dem Fachkräftemangel zu begegnen.
- Eine langfristige und ausreichende Förderung der Kommunalen Umwelt-Aktion UAN ist notwendig, um die Kommunen bei der notwendigen Klimafolgenanpassung im Wasserbereich (Starkregen- und Hochwasservorsorge) und den Ausbau und die Weiterentwicklung von kommunalen (Hoch-)Wasserpartnerschaften zu unterstützen



## Befindlichkeiten ländlicher Räume in der Finanzverteilung

- Bei der Verteilung von staatlichen Finanzmitteln sind die ländlichen Räume stärker als bisher durch entsprechende Indikatoren zu berücksichtigen.
- Mittelzuweisungen müssen einfach und pauschal sein, damit sie auch von Kommunen mit geringerer Verwaltungskraft in Anspruch genommen werden können



## Verwaltung und Ehrenamt

- Die Staatsanwaltschaften müssen zu Bedrohungsdelikten gegen kommunales Haupt- und Ehrenamt sensibilisiert werden.
- Beträge, die kommunalverfassungsrechtlich als Aufwandsentschädigungen angesehen werden, dürfen finanzrechtlich nicht als Einkommen bewertet werden.
- Die Wiederherstellung der achtjährigen Amtszeit für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ist ein wichtiger und richtiger Schritt.
- Wertgrenzen im Vergaberecht müssen angehoben, Verfahren entfrachtet und heilbar gemacht werden.
- Geldflüsse an die Kommunen müssen in pauschalen Zahlungen statt in Förderprogrammen erfolgen.
- Dringend ist der Bürokratieabbau aller Orten.



## Kindliche Bildung

### Moderne Schule neu gestalten

- Mobile Schülerendgeräte müssen als Lernmittel anerkannt werden. Mobile Lehrerendgeräte müssen als Dienstgeräte vom Land beschafft und finanziell getragen werden.
- Zur Planungssicherheit brauchen die Kommunen einen früheren und rechtsverbindlichen Stichtag zur Rückstellung von Kann-Kindern zum Schulbesuch.
- Es braucht vor allem in ländlichen Räumen Verbesserungen bei der Besetzung von Schulleitungsstellen.
- Schulsozialarbeit muss für alle Schulen auch in den ländlichen Räumen ausgeweitet werden.
- Der Digitalpakt 2.0 muss pauschal, mit breitem Verwendungszweck und langen Fristen ausgestattet sein.



### Kindergärten und Ganzttag praktikabel und bezahlbar machen

- Kommunen in der KiTa-Finanzierung stützen.
- Organisation der Kinderbetreuung und Personaleinsatz wegen des Fachkräftemangels so flexibel gestalten, dass die ländlichen Räume ihre Möglichkeiten nutzen können.
- KiTa-Recht vereinfachen

## Zuwanderung und Integration

- Illegale Zuwanderung muss begrenzt werden, die Grenzkontrollen sind fortzusetzen.
- Die Unterbringung muss durch den Bund verlässlich finanziert werden, nicht je nach MPK.
- Das Nds. AufnG muss zeitnah geändert werden und Vorhaltekosten vorsehen.
- Integration muss gestärkt werden: Es muss mehr Anreize und Möglichkeiten geben, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren, statt Bürgergeld in Anspruch zu nehmen. Wir brauchen eine Integrationsoffensive mit schnelleren Anerkennungen von Abschlüssen.
- Die Bundesmittel für Integrationskurse sind mindestens in bisheriger Höhe beizubehalten, die beabsichtigte Kürzung darf nicht stattfinden. Sprachkurse können im Job bzw. begleitend dazu stattfinden



## Mobilität

- Die Verkehrsträger müssen inklusive des Deutschlandtickets so ausfinanziert werden, dass Angebote gehalten werden können und nicht noch zurückgebaut werden.
- Der Verlust von Einnahmen aus Ablösebeiträgen nach der NBauO bzw. die Notwendigkeit der Schaffung öffentlicher Stellplätze ist konnexitär auszugleichen.
- Der ländliche Wegebau und der Radwegebau müssen unterstützt werden.



## Breitband und Digitalisierung

- Die Kofinanzierung des Breitbandausbaus aus Landesmitteln für graue Flecken, die zunächst für 2024 sichergestellt worden ist, muss auch in den Folgejahren fortgeführt werden.
- Die OZG-Angebote von Bund und Land müssen finanziell attraktiv und überzeugend sein, wenn sie von Kommunen genutzt werden sollen.
- Sowohl beim Online-Zugang als auch bei Zukunftstechnologien wie KI, RPA und Cloud braucht es adressatengerechte Lösungen und Unterstützungsangebote für Kommunen.



## Tourismus und Einzelhandel

- Die Bettensteuer soll neben Tourismusbeitrag und Gästebeitrag zur Finanzierung touristischer Angebote erhoben werden können.
- Die angelaufene geringe Grundförderung des Tourismus im Jahr 2024 muss verstetigt und weiterentwickelt werden.
- Es braucht einen regelmäßigen Tourismusdialog zwischen Kommunen und Land und die gemeinsame Weiterentwicklung digitaler Angebote.
- Die Grenze der Großflächigkeit im Einzelhandel muss auf mindestens 1200 qm Verkaufsfläche erhöht werden, um Strukturen, die nicht mehr der heutigen Lebenswirklichkeit der Städte und Gemeinden im ländlichen Raum entsprechen, weiterentwickeln zu können.



## Zukünftige Regionalpolitik der EU

- Die EU muss eine aktive und gezielte Politik zur Stärkung ländlicher Räume machen.
- Die vom Land für 2025 beschlossenen Haushaltsmittel in Höhe von 5 Millionen Euro werden begrüßt, auch wenn die Gesamtsumme höher sein könnte.



Die Niedersächsische Gemeinde digital

## Fortbildungen für Ratsmitglieder



Die Kommunalakademie des NSGB bietet umfangreiche Fortbildungen für alle neuen und alten Ratsmitglieder und Bürgermeister\*innen an. Besonderes Augenmerk wird dabei auf das Kommunalrecht, Haushaltsrecht und das Baurecht gerichtet. Aber auch "Softskills" sind dabei.

[Hier geht's zu den Seminaren](#)

Herausgeber: NSGB.

Der Ratsbrief wird an alle Ratsmitglieder der Mitgliedsgemeinden im NSGB versandt. Wenn Sie den Ratsbrief zukünftig nicht mehr erhalten wollen, klicken Sie bitte hier auf

Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund

Arnswaldtstraße 28  
30159 Hannover

[www.nsgb.de](http://www.nsgb.de)

©2017 NSGB. Nur für Mitglieder.

[AUSRAGEN](#)